

Belgien kommt nicht aus der Krise

RÜCKTRITT VON YVES LETERME ALS MINISTERPRÄSIDENT

Nach nur viermonatiger Amtszeit hat der belgische Ministerpräsident Yves Leterme am Abend des 14. Juli 2008 bei König Albert II. seinen Rücktritt eingereicht. Nicht nur die Pläne seiner Regierung bis zum 15. Juli dem Parlament die Vorschläge zur Reform des belgischen Staates präsentieren zu wollen sind damit gescheitert, das Land selbst kommt dem Rande einer Existenzkrise immer näher. Die Gegensätze zwischen dem niederländisch sprechendem Flandern im Norden Belgiens und den frankophonen Wallonen über die Zukunft des Landes scheinen immer schwerer überbrückbar.

Seit ihrem Amtsantritt im März diesen Jahres hatte die Fünf-Parteien-Koalition unter der Führung des flämischen Christdemokraten Yves Leterme in langwierigen Verhandlungen versucht dem Land eine Zukunftsperspektive zu geben.

Im Zentrum der Verhandlungen standen drei Themen:

1. Die Schaffung eines ausgeglichenen Haushaltes.
2. Ein sozialwirtschaftliches Reformprogramm dessen Kernpunkte Steuererleichterung zugunsten der unteren Einkommensschichten, Erhöhung der Kaufkraft und Verbesserung der Beschäftigungssituation waren.
1. Die Staatsreform selbst, welche eine umfassende Neuordnung mit weitgehenden Kompetenzübertragungen von der föderalen Ebene zugunsten der flämischen und wallonischen Gemeinschaften vorsah.

In den beiden ersten Punkten schien man am Vorabend des 15. Juli einig zu sein, auch wenn die Finanzierung des Haushaltes schwere Zugeständnisse der flämischen Regierung erforderte und viele Wallonen fürchteten, dass mit den sozialwirtschaftlichen Plänen ein Ende der finanziellen Solidarität zwischen den Regionen eingeläutet werden würde.

Leterme, scheiterte am dritten Punkt. Ausschlaggebend war der Druck seines Kartell-Partners, der Neuen Flämischen Allianz (N-VA) aber auch aus den Reihen seiner eigenen Partei, dass es ohne verbindliche Zusage zur Lösung des langjährigen Streites über den Zuschnitt des Wahl- und Gerichtsbezirkes Brüssel-Halle-Vilvoorde keine Zustimmung zu dem Reformpaket geben werde.

Während sowohl die flämischen Christdemokraten, die nationalkonservativ geprägte N-VA sowie die flämischen Liberalen auf einer Aufteilung des zweisprachigen Wahlbezirks der Hauptstadtregion Brüssel bestehen und fordern die rund 40 Gemeinden der Umlandbezirke Halle und Vilvoorde aus dem bisherigen Wahlbezirk auszugliedern, stößt dieser Vorschlag bei den französischsprachigen Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten auf kompromisslose Ablehnung, weil sie den Verlust der Sonderrechte für rund 125.000

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

JULIANE BOSSE

Juli 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

frankophone Bewohner des Brüsseler Umlandes befürchten. Letzte Versuche Letermes am 14. Juli, kurz vor Ablauf der Frist, bei der ersten Kammer des Parlaments um Aufschub der Verhandlungen bis Herbst zu bitten und der Plan, die Ministerpräsidenten der Regionen mit in die Verhandlungen einzubeziehen, scheiterten ebenfalls.

Was letztlich den Ausschlag für Leterme gab, das Handtuch zu werfen ist nicht ganz klar. Einige Beobachter interpretierten es als weitere dramaturgische Inszenierung und wollen nicht ausschließen, dass er ein drittes Mal, einen neuen Anlauf nimmt. Ein Blick auf die flämische Presse, aber auch ein Hineinhören in die Stimmen seiner Partei, ganz zu schweigen des Kartellpartners N-VA, aus dessen Abhängigkeit Leterme sich nicht zu lösen vermochte, lassen das wenig wahrscheinlich erscheinen.

Wie es wenige Tage vor dem belgischen Nationalfeiertag am 21. Juli weitergeht ist offen. Das belgische Staatsoberhaupt, König Albert II, hat wissen lassen, dass eine Antwort auf das Rücktrittsgesuch erst Ende der Woche zu erwarten ist. Theoretisch kann er das Gesuch ablehnen. Wahrscheinlicher ist dass er einen anderen Politiker – im Gespräch ist der stellvertretende Ministerpräsident Didier Reynders, ein wallonischer Liberaler – mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Oder man verständigt sich auf Neuwahlen, die keiner der jetzigen Regierungsparteien will. Wie auch immer, die Ereignisse des 14. Juli unterstreichen einmal mehr, dass die Zeichen für die Zukunft des Landes nicht gut stehen.